

Antrag

Hannover, den 01.09.2026

Fraktion der AfD

Betriebe und Bürger von Steuern entlasten - mehr Betriebstemperatur für die Konjunktur

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Deutschland geht mit einer schlechten energiewirtschaftlichen Ausgangslage in die Heizperiode 2026/2027. Die nationale CO₂-Steuer nach dem Brennstoffemissionshandelsgesetz belastet Heizen, Produktion und Verkehr, zudem ist mit dem 30. Juni 2026 die befristete Senkung der Energiesteuer für Diesel und Benzin ausgelaufen. Die im Koalitionsvertrag zugesagte Senkung der Stromsteuer ist nur für das produzierende Gewerbe sowie die Land- und Forstwirtschaft umgesetzt worden, aber nicht für die privaten Haushalte. Die Folgen sind: aufgeschobene Investitionen und Standortzweifel bei den Betrieben sowie Kaufkraftverlust bei den Bürgern. Zu der Belastung durch die Energiesteuern tritt die voraussichtliche Verteuerung der Gaspreise in den Wintermonaten durch steigende Einkaufskosten und Gasnetzentgelte hinzu. Das Land Niedersachsen trägt einen erheblichen Teil der Verantwortung für die Versorgungssicherheit der Bundesrepublik, ohne diese Rolle bislang politisch geltend zu machen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. durch eine Initiative im Bundesrat die Bundesregierung aufzufordern, für den Zeitraum der Heizperiode vom 1. Oktober 2026 bis zum 30. April 2027 unverzüglich ein Steuerentlastungspaket auf den Weg zu bringen und dazu:

- a) die nationale CO₂-Abgabe vollständig abzuschaffen,
- b) den Umsatzsteuersatz auf Kraftstoffe für den o. g. Geltungszeitraum von 19 auf 7 % zu senken und sich hierfür auf EU-Ebene für die Aufnahme von Kraftstoffen in Anhang III der Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie (2006/112/EG) einzusetzen,
- c) angesichts geopolitischer Entwicklungen die im Energiewirtschaftsgesetz (Gasspeichergesetz) vorgeschriebenen Mindestfüllstände der Gasspeicher von 80 % am 1. November 2026 zu gewährleisten.

Ferner fordert der Landtag die Landesregierung auf, in eigener Zuständigkeit

2. dem Ausschuss für Umwelt, Energie und Klimaschutz bis zum 30. April 2027 monatlich über die Füllstände der niedersächsischen Gasspeicher, die Anlandemengen sowie die Entwicklung der Gasnetzentgelte zu berichten und für den Fall einer Gasmangellage ein Vorsorgekonzept für öffentliche Einrichtungen und Unternehmen vorzulegen sowie
3. das landespolitische Ziel der Klimaneutralität - zu 90 % bis 2035 und zu 100 % bis 2040 - aufzugeben.

Begründung

Die nationale CO₂-Bepreisung ist eine Verteuerung von Wärme und Mobilität ohne Ausweichmöglichkeit. Sie trifft Unternehmen durch höhere Fixkosten und viele Handwerksbetriebe und Pendler, die keine Alternative zu Dieselfahrzeugen haben. Mieter und Rentner sind von höheren Energiekosten (Gas, Strom) betroffen. Hinzu kommt: Steigende Energiepreise treiben die Inflation, die Inflation treibt die Nominallohne, eine Preis-Lohn-Spirale ist die Folge.

Derzeit sind Kraftstoffe nicht in Anhang III der EU-Mehrwertsteuer-Systemrichtlinie aufgeführt. Die Praxis der Mitgliedstaaten zeigt jedoch, dass dies der Steuersenkung nicht entgegengestanden hat: Polen hat den Umsatzsteuersatz auf Kraftstoffe von Ende März bis Ende Juni 2026 und nochmals

im August 2026 vorübergehend von 23 auf 8 % gesenkt, Spanien von 21 auf 10 %. Beide Staaten haben damit eine Entlastung gewährt, die Deutschland seinen Bürgern derzeit verweigert. Für Erdgas, Fernwärme und Strom besteht die Möglichkeit einer Senkung auf 7 % nach Anhang III unstrittig; Deutschland hat sie zwischen Oktober 2022 und März 2024 selbst genutzt, damals wurde der Umsatzsteuersatz von 19 % auf 7 % reduziert (befristete Einfügung der Absätze 5 und 6 in § 28 UStG).

Die Erfahrung von 2022 und 2026¹ zeigt, dass Energiesteuersenkungen beim Verbraucher ankommen. Das Bundeskartellamt hat am 10. Juli 2026 festgestellt, dass von der Senkung um 14,04 Cent je Liter beim Diesel 13,8 Cent (82,6 %) und beim Benzin E5 13,0 Cent (77,8 %) weitergegeben wurden.² Der Deutsche Bauernverband hat deshalb im Juni 2026 eine Verlängerung bis mindestens Ende November 2026 gefordert; der Bundesverband Güterkraftverkehr Logistik und Entsorgung sowie der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmer fordern einen dauerhaften Gewerbediesel³; Wirtschaftsverbände fordern die Aussetzung der nationalen CO₂-Abgabe.⁴ Mit seinen Energiepreisen je Megawattstunde liegt Deutschland über dem Niveau der Vereinigten Staaten und der Golfstaaten;⁵ dies führt seit Jahren zu Produktionsverlagerungen von Deutschland ins Ausland.⁶

Auf niedersächsischem Gebiet liegt der größte Teil der deutschen Untergrundspeicherkapazität - u. a. in Rehden, Etzel, Jemgum und Nüttmoor - sowie die LNG-Terminals in Wilhelmshaven und Stade. Der Füllstand der deutschen Gasspeicher lag am 18. August 2026 bei nur 50 % und damit auf dem niedrigsten Stand seit fünfzehn Jahren.⁷ Angesichts einer drohenden Gasmangellage im Winter ist es unverständlich, dass die Politik nicht die Befüllung der deutschen Gasspeicher sicherstellt. Zudem ist für das Winterhalbjahr ein signifikantes Absinken der Energieerzeugung durch Sonne und Wind absehbar - dies wird durch Kohle- und Gaskraftwerke aufgefangen werden müssen. Erdgaskosten wirken in der Chemie, bei Glas, Papier, Keramik und in der Ernährungswirtschaft doppelt - als Prozessenergie und als Rohstoff. Unternehmen, die auf Gasantriebe umgestellt hatten, haben ihren Kostenvorteil vollständig verloren. In der Logistik kumulieren nach dem Auslaufen der Energiesteuersenkung Kraftstoff-, Strom- und Wärmekosten. Der überteuerte Preis für Erdgas am Spotmarkt hält Unternehmen davon ab, ihre Speicher aufzufüllen.

Jens-Christoph Brockmann
Parlamentarischer Geschäftsführer

¹ Zweites Gesetz zur Änderung des Energiesteuergesetzes zur temporären Absenkung der Energiesteuer für Kraftstoffe (2. Energiesteuersenkungsgesetz) - https://www.recht.bund.de/bgb1/1/2026/116/regelungs-text.pdf?__blob=publicationFile&v=1

² https://www.bundeskartellamt.de/SharedDocs/Meldung/DE/Pressemitteilungen/2026/07_10_2026_Quartalsbericht_MTSK.html

³ <https://www.verkehrsrundschau.de/nachrichten/transport-logistik/bgl-und-bdo-fordern-gewerbediesel-als-nachfolge-des-tankrabatts-3823224>

⁴ <https://www.energie-und-management.de/nachrichten/detail/mitteldeutsche-verbaende-fordern-aussetzung-der-co2-abgabe-358206>

⁵ <https://www.iwconsult.de/projekte/deutsche-strompreise-im-internationalen-vergleich/>

⁶ <https://www.produktion.de/wirtschaft/energiewende-barometer-warum-firmen-deutschland-meiden/2719869>

⁷ <https://fnb-gas.de/news/fnb-sehen-historisch-niedrigen-speicherfuellstand/>

(verteilt am 01.09.2026)